

Für eine Neuausrichtung europäischer Industriepolitik

Von Bernd Lange

Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise verlangt eine Rückbesinnung auf die Industrie in Europa. Drei Viertel des Exports aus der EU sowie über 20 Prozent der Wertschöpfung kommen aus der Industrie, hinzu kommen industrielle Dienstleistungen. Mehr als 50 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier beschäftigt. Mit Multiplikatoreffekt: Jeder Arbeitsplatz in der Industrie schafft ca. zwei zusätzliche Arbeitsplätze in den industriebezogenen und sonstigen Dienstleistungen. Die EU hat die Industriepolitik in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt. Der Fokus der Politik lag einseitig auf der Selbstregulierung der Märkte.

Dabei steht die Industrie vor fünf zentralen Herausforderungen:

1. Globalisierung: Die neue internationale Arbeitsteilung mit neuen und wachstumsstarken Ökonomien wie China, Indien, Brasilien und Russland erhöht den Globalisierungsdruck. Investitionen in den globalen Wachstumsmärkten werden Auswirkungen auf die Beschäftigung in der EU mit sich bringen. Ein wachsendes Global Engineering deutet zudem auf eine neue Form der Globalisierung hin. USA, Japan und insbesondere China betreiben eine sehr aktive Industriepolitik mit großen Ressourcen.
2. Wissensökonomie: Wir haben eine Entwicklung hin zu einer globalen Wissensgesellschaft. Innovation und Forschung sind - stärker als das physische Kapital und die manuelle Arbeit - Antriebskraft für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit.
3. Klimaschutz und Ökologie: Wir brauchen eine ökoeffiziente Produktion und Verringerung der Kohlenstoffausstöße.
4. Demographischer Wandel: Die Erhöhung des Altersdurchschnitts erfordert neue Produkte, neue Verkehrsformen und neue Arbeitsorganisation.
5. Urbanisierung: Der wachsende Trend zu Megacities und starken urbanen Räumen stellt neue Herausforderungen unter anderem an Mobilität, Gebäude und Logistik.

Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn es eine gemeinsame Stärkung der Industriepolitik in der EU gibt. Wir müssen sicherstellen, dass weiter industrielle Wertschöpfung mit qualifizierten Arbeitsplätzen innerhalb der EU stattfindet. Erfolgreiche Industriepolitik hat aber nur eine Chance, wenn sie eingebettet ist in eine neue Architektur des Finanzsektors und eine ausgeprägte makroökonomische Koordination der Wirtschafts-, Steuer- und Haushaltspolitik.



Foto: Europäisches Parlament

Bernd Lange ist Abteilungsleiter beim DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt und Mitglied des Europäischen Parlaments. Seine inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte sind internationaler Handel und nachhaltige Industriepolitik. Im Juni 2010 wurde er vom Europäischen Parlament zum Berichterstatter für Europäische Industriepolitik ernannt.

Da sich die Deregulierung und der Laissez-faire-Ansatz der Finanzmärkte nicht nur für den Sektor selbst, sondern auch für die Produktion und die Beschäftigten als schädlich erwiesen hat, ist eine vollständige Neuregulierung erforderlich, um die Finanzmärkte zurück zu ihren eigentlichen Aufgaben zu bringen: Ersparnisse umzuwandeln in ertragreiche Investitionen und industrielle Arbeitsplätze.

Wir brauchen eine koordinierte und intelligente nachfrageorientierte makroökonomische Politik: Beggar-my-neighbor-Politiken und Steuerwettbewerb nach unten gehört ein Riegel vorgeschoben. Stattdessen brauchen wir zum Beispiel eine harmonisierte Unternehmensbesteuerung. Industriepolitik in den verschiedenen Mitgliedstaaten hat aufgrund der starken Verflechtungen im Binnenmarkt immer Konsequenzen für andere. Wir brauchen eine kohärente Strategie für die EU und die Mitgliedsstaaten und klare Indikatoren zu Sicherstellung und Überprüfung des Erfolges.

Eine integrierte und nachhaltige EU-Industriepolitik muss zum einen ausgerichtet sein auf eine nachhaltige, ökoeffiziente und global wettbewerbsfähige Erneuerung der industriellen Basis. Zum anderen muss sie einen tragfähigen Übergang von einer stark produktionsorientierten hin zu einer wissensbasierten Industrie in den Fokus nehmen. Zentral ist dabei ein integrierter, ressortübergreifender Ansatz (unter anderem Wettbewerb, Umwelt, Forschung, Handel), der mit horizontalen und sektoralen Initiativen und Maßnahmen auf europäischer, nationalstaatlicher und regionaler Ebene unterlegt wird.

Für die Umsetzung erfordert das konkrete Maßnahmen in den Bereichen:

Innovation

- Wir brauchen mehr industriebezogene Forschung, die Entwicklung von Innovationen und deren Anwendung. Innovation meint Produktinnovation, aber auch organisatorische Innovation, Arbeitsorganisation, Innovation von Geschäftsmodellen, Produktdesign; sie muss die gesamte Prozess- und Wertschöpfungskette umfassen.
- 17 Prozent des BIP in der EU wird durch das öffentliche Auftragswesen erzeugt. Dieses ist damit ein starkes Instrument zur Stimulierung von Innovationen.

Ressourcen

- Die Arbeitsproduktivität hat sich seit 1960 vervierfacht, Energie und Rohstoffproduktivität nur um das 1,5-fache. Lohnkosten machen ca. 20 Prozent aus, Energie und Rohstoffkosten 40 Prozent. Eine Steigerung der Energie- und Ressourcenproduktivität stärkt die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, gibt

global Vorteile und sichert neue Arbeitsplätze. Dazu bedarf es klarer Indikatoren zur Überprüfung der Steigerung von Ressourcenproduktivität und Ressourcenschonung.

- Zudem brauchen wir Recyclingvorschriften, die die Wiedergewinnung von Rohstoffen intensivieren. Wir brauchen ferner eine entsprechende Forschungsförderung und den Stopp der Ausfuhr rohstoffhaltiger Abfälle. Ziel muss die optimale Nutzung der in der EU vorhandenen Rohstoffe sein. Faire Handelsabkommen müssen Rohstofflieferungen sicherstellen.
- Wir brauchen eine gemeinsame Strategie, um Qualifikationslücken zu überwinden. Dies beinhaltet beispielsweise einen institutionalisierten Dialog, um Lehrpläne zu erneuern und erfolgreiche Wege für den Übergang von der Schule zum Arbeitsmarkt zu erarbeiten. Dazu gehört etwa die Stärkung von technisch-mathematischen Qualifizierungen insbesondere für Frauen.

Nachhaltige Industriekultur

- Die EU-Politik muss stärker regionale Handlungsfelder entwickeln und innovative Cluster und Netzwerke unterstützen, um Wissenstransfer, Forschungsaktivitäten, Qualifikationsentwicklung und Infrastrukturen koordiniert zu entwickeln.
- Sinnvoll ist die Einrichtung einer Task Force für Umstrukturierungen und eine stärkere Rolle der europäischen Strukturfonds bei Umstrukturierungsprozessen, damit für Beschäftigte und Betriebe, die von Umstrukturierung betroffen sind, eine neue Perspektive entwickelt wird.
- Die Teilhabe der Beschäftigten sichert eine qualitative Entwicklung und verhindert prekäre Beschäftigungsverhältnisse im Erneuerungsprozess. Sie muss deshalb sichergestellt und ausgebaut werden.
- Handelsabkommen sind so zu gestalten, dass sie Teil einer industriepolitischen Strategie für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung mit fairem Wettbewerb in der entwickelten und der sich entwickelnden Welt bilden. Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung muss umfassend durchgesetzt werden; soziale und ökologische Standards sind in bilateralen oder multilateralen Freihandelsabkommen aufzunehmen.

Es gilt jetzt, qualitative und quantitative Ziele einer europäischen Industriepolitik im Rahmen der EU-2020-Strategie und darüber hinaus zu entwickeln. Dafür brauchen wir einen verlässlichen und ehrgeizigen politischen Rahmen, der Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung gibt. Wir müssen unsere Stärken ausbauen und die Industriepolitik zukunftsfest umgestalten.